

Merkburger Anzeiger

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Erste Ausgabe nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Bezugspreis: Vierteljährlich 4,50 Mk.; durch den Boten frei und Post 4,80 Mk.; durch die Post 4,90 Mk. auswärts: halbjährlich: durch unsere Vertreter auf dem Lande 4,90 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Anzeigenpreis: für den halbjährlichen Anzeiger 15 Pf. in Kleinanzeigen 20 Pf. für Chiffrenanzeigen und Nachdrucke entsprechende Aufschlag. Platzgebühr ohne Berücksichtigung. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: 10 Uhr vormittags. — Telefon Nr. 324. —

Nr. 210

Donnerstag, den 18. September 1919

46. Jahrg.

Entschuldigungsbeihilfen auch für die preussischen Beamten.

Von W. Götter, Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

Die preussische Staatsregierung und auch die Landesversammlung glaubte mit der Vorsehung der Feuerungsgesetze für die preussischen Staatsbeamten vom 4. März den Entschuldigungsbeihilfen dieses Gesetzes eingetragt zu haben. Die Konsolidierten ihre entsprechende weitere Ziffern auf spezielle Maßnahmen zur Deckung einer allgemeinen Entlastung der Beamten für Lebensmittel und sonstige Bedürfnisse. Einigen hierbei von der richtigen Ansicht aus, daß jede weitere Einkommenssenkung lediglich eine Steigerung der allgemeinen Marktpreise nach sich ziehen muß, daß aber andererseits eine billigerer Wertbesserung die beste finanzielle Hilfe für die gesamte Bevölkerung sei. Dieser aber blieb hierbei allerdings der Umstand, daß es infolge der hohen Löhneerhöhungen der Beamten und der während des unheilvollen Krieges nie zu spät und dann noch ungenügend eingehenden finanziellen Hilfe den Beamten und Staatsarbeitern nicht möglich gewesen ist, ihren finanziellen Anforderungen für ihre ebenfalls abgewiesenen Haushaltungen vorzukommen. Die Preussische Landesversammlung hat sich daher einig darüber, daß den Beamten und Arbeitern eine einmalige Entschuldigungsbeihilfe zu gewähren sei, konnte damit aber infolge der überaus trübsamen Lage der preussischen Staatsfinanzen bei dem Finanzministerium nicht durchdringen.

Die insoweit vorgenommene Sitzung zur Vorbereitung billigerer Entschuldigungsbeihilfen, die Maßnahmen aus der Vermögensverschönerung hat, hat sich jetzt ebenfalls erledigt. In es ist hinsichtlich dieser weiteren Entschuldigungsbeihilfe für Beamten und Arbeiter einmütig beschlossen worden, daß eine Hilfe für die Beamten und Staatsarbeiter unabweisbar ist. Denn hat sich auch die Reichsregierung nicht verschließen und hat mittlerweile ihre Arbeiten beendet, so daß die preussische Staatsregierung — sehr zum Leidwesen der preussischen Finanzminister — folgen mußte. In seinen Sitzungen vom 11. und 12. September hatte sich der Haushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung mit der entsprechenden Vorlage der Staatsregierung zu befassen. Er hat sie in gleicher Höhe und unter denselben Bedingungen wie für das Reich, sowie unter Berücksichtigung aller Abwägungen, anzuordnen. Ein Antrag der Sozialdemokratischen Partei verlangte erstens die Feuerungsgesetze in den von Preußen abgetretenen Gebieten und den Bestimmungen in einer Summe auszugeben und zweitens auf die Kommunaldarstellungen einzutreten, daß den Gemeindefinanzverhältnissen die gleichen einmaligen Feuerungsgesetze gewährt werden wie den unmittelbaren Staatsbeamten. Der Antrag ging aus von der Ansicht, daß die betreffenden Beamten in den abgetretenen Gebieten von einer besonderen Vorlage ausgesetzt sind, daß es fraglich erscheint, wann und wie ihnen finanzielle Hilfe gewährt werden kann. Die Landesregierung äußert sich, daß aber andererseits es Pflicht der Regierung war, diesen Beamten, mögen sie nun nach Deutschland zurückkehren oder sich unter fremder Oberhoheit befinden, unter allen Umständen zu helfen. Bedenkt man die Kriegsausgaben, die diesen Beamten bei einer Rückkehr nach Deutschland bevorstehen, und daß es ferner für die Regierung ein Leichtes sein würde, sich durch Staatsanleihe die Wiederzahlung der angefallenen Forderungen der Feuerungsgesetze von dem fremden Staat zu gewährleisten zu lassen, so kann man den Widerspruch des Finanzministeriums in dieser Frage nicht begreifen, zumal es auch eine finanzielle Unterstützung in seiner Sache nicht bestritt. Daß der Zweck der Feuerungsgesetze ebenfalls berechtigt war, bemerkt der Umstand, daß es sehr viele Kommunaldarstellungen gibt, die bereits die jetzigen Feuerungsgesetze nicht nach den finanziellen Umständen gewähren und zum Teil weiter unter die Güter heruntergehen oder einschneidende Abänderungen an den Gewährungsbedingungen vorgenommen haben. Bemerkenswert ist, daß Kommunaldarstellungen mit „unabhängiger“ Mehrheit oder unabhängigen Sitzungen in dieser Hinsicht wüßten und so ihre Forderungen für die Beamten, die ihnen unterstellt sind, drückt. Selbst wurden beide Anträge durch eine Mehrheit aus den sozialdemokratischen Parteien und dem Zentrum abgelehnt. Wenn die Ablehnung durch die Mehrheitsparteien dem Zentrum abgelehnt wurde, ihrer allgemeinen Stellung dem Zentrum gegenüber begründet erscheint, so ist andererseits diejenige der Zentrumspartei unverständlich, zumal sich doch ein großer Teil der ihr angehörenden Beamten selbst in derzeitigen Gebieten unter Reichsbesitz befindet und die Folgen der Ablehnung an eigenen Leiden sehr zu tragen haben wird.

Für die Aufgabensammler und Hinterbliebenen der Beamten werden die einmaligen Feuerungsgesetze nach denselben Grundsätzen und unter denselben Voraussetzungen gewährt, wie die jetzigen Feuerungsgesetze ebenfalls gewährt werden, wobei es der Stellung besonderer Rücksicht nicht bedarf. Ein Anhang der Feuerungsgesetze war mit Rücksicht auf die Finanzlage Preußens und auf den durch sie zu leistenden Widerstand des Finanzministeriums nicht möglich, da auch andererseits gleichzeitig beschloffen wurde, auch den Staatsarbeitern, deren Pensionen und Hinterbliebenen einmalige Zulagen zu zahlen, wovon in aller Kürze Vorlage der Staatsregierung erfolgen wird. Die Defizit der durch die neue Vorlage entstehenden gewaltigen Mehrausgaben erfolgt laut Bericht des Staatsfinanzsausses durch eine ausnehmende Mittelbesparnis und die für den Dienst derselben erforderlichen Mittel sind aufzubringen durch Heranziehung der Ergänzungsmittel durch Vermehrung von Steuern gegen die Befürchtung, diese Vermehrung, die mehr oder minder auf deren Einkünfte angewiesen sind.

Nach dem Frieden.

Verschleppung der Ratifikation durch Frankreich. Was daselbst wird gemeldet: Die Hoffnung auf baldige Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich scheint wieder eine Chimäre zu werden. Die Regierung und especially die öffentlichen Organe sind größter Eile bemüht. Die Kammer wird außerdem den Erfolg der Debatte im amerikanischen Senat abwarten, bevor sie ihre

Regierungsumführung in Birkenfeld.

Frankfurt a. M., 17. Sept. (Wirt.-Tel.) Die in Frankfurt a. M. herannahende Regierung in Birkenfeld besteht am Sonntag wieder durch die alte rechtmäßige Regierung, an deren Spitze Kottwitz steht, und die von dem Willen des ganzen Landes getragen worden. Die Regierung Kottwitz habe die von Kottwitz ausgewählten Beamten sofort zurückzuführen. Der Umfassung in Birkenfeld sei auf eine Unterbrechung von 12 Vertretern der Birkenfelder Bevölkerung mit dem französischen General Mangin zurückzuführen. Der französische Kommandant habe sich sofort bereit erklärt, daß sich die anstehende Bevölkerung von Birkenfeld so von ihm gelöst werden hinter die alte Regierung Kottwitz stelle und Kottwitz mit seinen Genossen nur Beratung entgegenbringe.

Neue Spannung in Oberschlesien.

Kattowitz, 17. Sept. Die in Kattowitz wieder, laufen aus verschiedenen Gegenden, insbesondere aus Beuthen, Nachrichten ein, nach denen in den nächsten Tagen mit neuen polnischen Angriffen auf Kattowitz zu rechnen ist. Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet. Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet. Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet.

Beuthen, 17. Sept. Die „Oberschlesische Post“ schreibt: Tatsache ist, daß die Grenze Kattowitz nur ganz dünn besetzt ist, und daß ein einziger Soldat, wie bei Grottkow, viele Strecken des Landes im Grenzgebiet schon aufgegeben hat. Das heißt, daß hier überhaupt keine Truppen stehen, sondern nur schwache Posten sind, die die Grenze durchwachen.

Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet. Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet. Die polnische Regierung hat sich bereits polnische Streitkräfte im Grenzgebiet.

Große Explosion in Amerika.

New York, 17. Sept. Aus New York wird berichtet: Am Montag Nacht bei der Stadt New York ist ein großer Brand ausgebrochen. Die Explosion hat sich auf einen Petroleumbehälter im Stadtteil Manhattan erstreckt. Die Explosion hat sich auf einen Petroleumbehälter im Stadtteil Manhattan erstreckt.

Entscheidung trifft. Die Regierung beschließt diese Verschleppung, da sie für die inneren Verhältnisse nicht günstig ist. Die Entscheidung über die Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich wird in den nächsten Tagen getroffen. Die Entscheidung über die Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich wird in den nächsten Tagen getroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Neueste Nachrichten.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

Washington, 17. Sept. (Wirt.-Tel.) Die Ratifikation des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat ist am Montagmorgen im amerikanischen Senat bei Beratung über den Friedensvertrag begonnen. Die Ratifikation des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat ist am Montagmorgen im amerikanischen Senat bei Beratung über den Friedensvertrag begonnen.

Deutschland und die Türken.

Berlin, 17. Sept. Der ehemalige Minister Dr. Schulz führt in einem längeren Artikel die jetzigen Verhältnisse in Deutschland, wie er sie in einer Reihe von Jahren gesehen hat, und kommt zu folgenden Schlüssen: Deutschland hat im Weltkrieg viele und tiefe Wunden erlitten, aber es ist nicht verzweifelt. Alles zeigt darauf, daß Deutschland aus seiner Verheerung bald erstanden und mit Hilfe der Kraft sich von innen erheben wird. Man wird bald sehen, wie viel Deutschland aus dem Weltkrieg erreichen wird; sowohl in der materiellen Hinsicht als auch in der geistigen. Deutschland ist ein reiches Land, und die Vorsehung hat es reich gesegnet. Deutschland ist ein reiches Land, und die Vorsehung hat es reich gesegnet.

Der „Vorwärts“ über die Verschärfung der Lage in Rom. Berlin, 17. Sept. Der „Vorwärts“ schreibt: Die Lage in Rom hat sich verschlechtert. Die italienische Regierung hat sich verschlechtert. Die italienische Regierung hat sich verschlechtert.

Schließung der Waffenfabrik Mauser.

Dresden, 17. Sept. (Wirt.-Tel.) Die Waffenfabrik Mauser hier hat am 15. Oktober d. J. den Winter über ihren Betrieb einstellen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Zur Lage im Reich.

Wiedereinstellung von Ägen.

Schweizer Arbeiten in den Reparationsverhandlungen. Berlin, 17. Sept. Die Lage des deutschen Friedensvertrages, wie sie von unterirdischer Stelle mitgeteilt wird, zeigt an, sich nicht zu bessern. Die Reparationsverhandlungen sind überall ergänzt, so daß zum Teil wieder die normalen Mengen lagern. Namentlich die für den Lebensmittelbedarf benötigten Getreidearten sind in der Reichsbevölkerung haben nun die Zugerestruktur nachgelassen. Weitere Zugerestruktur werden, wie aus dem Wirtschaftlichen mitgeteilt wird, nicht beschloffen, doch läßt sich die allgemeine Lage immer nur für ganz kurze Zeit überleben. In dem kommenden Winter werden die Reparationsverhandlungen wieder in die Hände der Reparationsverhandlungen übergeben werden, wieder in die Hände der Reparationsverhandlungen übergeben werden, wieder in die Hände der Reparationsverhandlungen übergeben werden.

Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen. Die interalliierte Kommissionsmission in Berlin ist eingetroffen.

Politische Übersicht.

Der Handreich in Rum.

Rumine in der Hand d'Annunzio's.

Aber das Abenteuer d'Annunzio's wird noch geteilt. Die Stadt Rumine ist durch Unterbrechung des Postverkehrs...

Der italienische Handreich ist durch die italienische Regierung...

Die Handreichung der Rumine ist ein wichtiger Schritt...

d'Annunzio beschloßen, der italienischen Regierung die Sache zu überlassen...

Der Handreich der Rumine ist ein wichtiger Schritt...

Die Handreichung der Rumine ist ein wichtiger Schritt...

Gasmeries haben gestern die Arbeit ebenfalls niedergelegt...

Die Handreichung der Rumine ist ein wichtiger Schritt...

Städtische Defenitmachungen für Arris und Stadt Merseburg. 1919. 17. September. Die städtische Defenitmachungen...

Der Handreich der Rumine ist ein wichtiger Schritt... 1919. 17. September. Die Handreichung der Rumine...

Die Handreichung der Rumine ist ein wichtiger Schritt... 1919. 17. September. Die Handreichung der Rumine...

Städtische Defenitmachungen für Arris und Stadt Merseburg. 1919. 17. September. Die städtische Defenitmachungen...

Der Handreich der Rumine ist ein wichtiger Schritt... 1919. 17. September. Die Handreichung der Rumine...

Die Handreichung der Rumine ist ein wichtiger Schritt... 1919. 17. September. Die Handreichung der Rumine...

hob diese sich mit dem Reichstagsprogramm vom 20. März 1919 einberufen erklärten. Der ganze Nationalrat und alle anwesenden Minister hätten für den Antrag gestimmt. Dagegen wurde ein Antrag Götzen mit 59 gegen 24 Stimmen bei zahlreichen Enthaltungen angenommen. Am 21. März wurde die Verhandlung über die Reichsfinanzverwaltung fortgesetzt. Die Verhandlung über die Reichsfinanzverwaltung wurde fortgesetzt. Die Verhandlung über die Reichsfinanzverwaltung wurde fortgesetzt.

alten Entschlossen und den langen Kampf werden sich in herzlichem Gedächtnis seiner erinnern. Auf's Beste wird sich bei seinen Hinterlassenen der Herr erweisen; Erbe seinem Andenken!

lassen. Der Herr Pastor aber berichtet, daß der Bruder nicht mehr aus dem Oberamt entlassen werden könne. Auch hat sich die Frau gefallen, weil sie die Arbeit nicht mehr machen kann. Die Frau ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Das Wesen wird gemeldet. In der Unterabteilung des Reichsfinanzministeriums befinden sich zwei Beamte, die die Arbeit nicht mehr machen können. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Der Stenographenbund (Sächsischer Verband, Sächsischer Stenographenbund) hat am 18. und 19. September in Weimar ein großes Bundesfest abgehalten. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Das Wesen wird gemeldet. In der Unterabteilung des Reichsfinanzministeriums befinden sich zwei Beamte, die die Arbeit nicht mehr machen können. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Der Stenographenbund (Sächsischer Verband, Sächsischer Stenographenbund) hat am 18. und 19. September in Weimar ein großes Bundesfest abgehalten. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Provinz und Umgegend.
† Weisenfels, 17. Sept. Von Weisenfels am Sonntag wurde ein einziger Laufzug ergriffen. Das goldene Rad von Weisenfels, ein Dutzend Meter langer, ein Kilometer langer Laufzug, gewann Burmisch-Galle. Zweiter wurde Maria-Weidenburg (1290 Meter) und dritter Dammers-Weidenburg (5000 Meter) wurde. Der Laufzug wurde am Sonntag in Weisenfels abgehalten. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Vermisste.
* Erbsen in Württemberg. Am Donnerstagabend voriger Woche ist in Ebingen eine Harte Erbsenpflanzung mit hundertdreißig Hektar bebaut worden. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Milchpreise für Gemeinde Papitz.
Die Bekanntmachung vom 25. u. M. — veröffentlicht Kreisblatt Nr. 194 vom 21. August und Kreisblatt Nr. 195 vom 21. August 1919 — wird dahin abgeändert, daß die für Scheidung, Säugen und Bach Ditzingen festgesetzten Milchpreise auch für den Umfang der Gemeinde Papitz Anwendung finden.
Merzbürg, den 4. September 1919.
Der landwirtschaftliche Landrat.
Dr. Böckel.

Satelerlieferung.
Auf Veranlassung des Landesverwaltungsamtes noch auf folgendes besonders hin:
Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Druck und Vertrieb von Th. Stöcker in Weisenfels.
Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen. Die Arbeit ist nicht mehr im Stande, die Arbeit zu machen.

Merseburger Anzeiger

Ersteinst täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage — Bezugspreis: Vierteljährlich 4,60 M., durch den Postweg mit Zus. 4,80 M.; durch die Post 4,80 M.; einschließlich Postgeb. durch andere Bezugsstellen auf dem Lande 4,90 M. Einjahrsnummer 10 M.
Geschäftsstelle: Kleine Mitterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den halbespaltigen Willkürzettel am 10. Sp. im Blattenteil 60 M., für Schriftzettel und Anzeigen im entsprechenden Aufschlag. Hauptort für den Blattenteil. Gleiches der Anzeigen-Nachfrage 10 M. vorwärts.
— Telefon Nr. 324. —

Nr. 210

Donnerstag, den 18. September 1919

46. Jahrg.

Entschuldungsbeihilfen auch für die preussischen Beamten.

Von M. Höfler, Mitglied der Preussischen Landesversammlung.
Die preussische Staatsregierung und auch die Landesversammlung glaubte mit der Verregelung der Feuerungszulagen für die preussischen Staatsbeamten den 4. März den Entschuldigungsbeihilfen in diesem Gebiete eingeführt zu haben. Sie konzentrierte ihre entsprechende weitere Tätigkeit auf freieselbstige Beamten zur Berücksichtigung ihrer allgemeinen Entlastung der Strafe für Lebensmittel und sonstige Lebensnotwendigkeiten. Sie gingen hierbei von der richtigen Ansicht aus, daß jede weitere Einkommenserhöhung lediglich eine Steigerung der allgemeinen Marktpreise noch sich ziehen muß, daß aber andererseits eine billigerer Preisbewegung die beste finanzielle Hilfe für die gesamte Bevölkerung ist. Auch dort blieb hierbei allerdings der Umstand, daß es infolge der hohen Zuzugeshäufigkeit der Beamten und der während des unruhigen Krieges nicht zu spät und dann noch ungenügend eingehenden staatlichen Hilfe den Beamten und Staatsarbeitern nicht möglich gewesen ist, irgendwelche Entlastungen für ihre sämtlich abnehmendsten Familienhaltungen vorzunehmen. Die Preussische Landesversammlung hat sich daher einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Beamten und Arbeiter eine einmalige Beschaffungsbefreiung zu gewähren sei, konnte aber infolge der überaus trübseligen Lage der preussischen Staatsfinanzen bei dem Finanzministerium nicht durchdringen.

Die inzwischen vorgenommene Aktion zur Durchführung billigerer Beschaffungsbefreiung, die Maßnahmen auch der Gemeinden beschließen hat, hat bis jetzt gänzlich versagt. Es ist inzwischen sogar eine weitere Erhöhung aller Beschaffungsbefreiungen eingetreten, so daß eine Hilfe für die Beamten und Staatsarbeiter unvorstellbar ist. Ein Entschuldigungsbeihilfen für die Arbeiter und Arbeiterinnen ist durch die Landesregierung nicht durchzuführen und ist mittlerweile diese Arbeit beendet, so daß die preussische Staatsregierung — sehr zum Leidwesen des preussischen Finanzministers — folgen mußte. In seinen Sitzungen vom 11. und 12. September hatte sich der Hauptausschuss der Preussischen Landesversammlung mit der entsprechenden Vorlage der Staatsregierung zu befassen. Er hat sie in gleicher Höhe und unter denselben Bedingungen wie für das Reich, sowie unter Ablehnung aller Abänderungsvorschläge abgelehnt. Ein Antrag des Abgeordneten der Demokratischen Partei verlangte ebenfalls die Feuerungszulage in den von Preußen abgetretenen Gebieten und die Abfindungsbeträge in einer Summe auszugeben und zweitens auf die Kommunalverwaltungen einzurufen, daß den Gemeindebeamten eine gleichen einmaligen Feuerungszulage bewilligt werden wie den unmittelbaren Staatsbeamten. Der Antrag ging aus von der Ansicht, daß die betreffenden Beamten in den abgetretenen Gebieten aus einer besonderen Rücksicht ausfinden, daß es fraglich erweise, wann und wo ihnen feinerer die zweite Hälfte der Feuerungszulage zahlen muß, daß aber andererseits es Pflicht der Regierung war, diesen Beamten, mögen sie nun noch Deutschland zurückkehren oder sich unter fremde Verhältnisse begeben, unter allen Umständen zu helfen. Beinhaltet man die Arbeitsansprüche, die diesen Beamten bei einer Abreise nach Deutschland bestehen, und daß es ferner für die Regierung ein Leichtes sein müßte, sich durch Staatsanwaltschaft die Unterstützung der zweiten Hälfte der Feuerungszulage von dem fremden Staat gewährleisten zu lassen, so kann man den Widerstand des Finanzministeriums in dieser Frage nicht begreifen, zumal auch eine finanzielle Mehrbelastung in seiner Hinsicht besteht. Daß der zweite Teil des Antrag ebenfalls berücksichtigt war, beweist der Umstand, daß es sehr viele Kommunalverwaltungen gibt, die bereits die letzten Feuerungszulagen nicht nach den staatlichen Grundregeln gewährt und zum Teil weiter unter die Höhe heruntergesetzt oder einschneidende Änderungen an den Gewährungsbedingungen vorgenommen haben. Bemerkenswert ist es, daß Kommunalverwaltungen mit „unabhängiger“ Mehrheit oder unabhängigen Stellungen in dieser Hinsicht werten und so ihre Freundschaft für die Beamten, die ihnen unterstellt sind, brüchig bezeichnen. Daher wurden solche Angriffe durch eine Mehrheit aus den sozialdemokratischen Parteien und dem Zentrum abgelehnt. Wenn die Ablehnung durch die Reichsversammlung unter Berücksichtigung ihrer allgemeinen Stellung dem Beamtenstand gegenüber begründlich insoweit unvorstellbar, werden Beamten selbst ist und die Folgen der Ablehnung der Beamten dieserlei Grundbitten sind, wie die selbsterhaltenen Wohlstand der Arbeiter und der Arbeiterinnen, die durch die Verregelung der Feuerungszulagen und auf den durch die Verregelung der Feuerungszulagen nicht möglich, da auch die Staatsarbeitern, die Zulagen zu stellen, Regierung erfolgen wird, bestehende gewissen Wohlstandes durch den Dienst derselben Erweiterung der Erträge gegen die Arbeiter deren Einkünfte ange-

Neueste Nachrichten.

Regierungsumwälzung in Wien.

Frankfurt a. M., 17. Sept. (Rhein-Zeit.) Die in Frankfurt a. M. vermittelte, die jüdische Regierung in Wien selbst bereits am Sonntag wieder durch die alle rechtmässige Regierung, an deren Spitze Kautsky steht, und die von dem Willen des ganzen Landes getragen wird, erfolgt wurde. Die Regierung Kautsky habe die von Jeller ausgesprochenen Beamten sofort zurückberufen. Der Umwälzung in Wien selbst ist an die Unterbrechung von 12 Vertretern der österreichischen Bevölkerung mit den französischen General Mangin auszuweisen. Der französische Oberkommandierende hat sich öffentlich überzeugt, daß sich die anstehende Bevölkerung von Wien selbst so gut wie geschlossen hinter die alte Regierung Kautsky stelle und Jeller und seinen Gesellen nur Verachtung entgegenbringe.

Neue Spannung in Oberfranken.

Ratibor, 17. Sept. Wie mitgeteilt wird, laufen an verschiedenen Grenzorten, insbesondere an Petrowitz, Wagnitz ein, nach denen in den nächsten Tagen mit neuen politischen Angriffen zu rechnen ist. Die politischen Parteien sind jedoch nicht ergebnislos verfahren, sondern nur schwache Reaktionen ab und zu die Wege durchgehen.
Über das Schicksal des bei dem oberfränkischen Lande verbliebenen Bergbauers von Ehrenfeld wird jetzt bekannt, daß von Ehrenfeld sich in einem Lager bei Weiskirchen und dort Zwangsarbeit verrichtet. Die Verteilung zur Zwangsarbeit erfolgt, wie aus einem an die Rhein-Zeitung geschickten Briefe hervorgeht, weil Herr von Ehrenfeld kein Grenzgebiet gefunden hat.

Große Bierplaktion in Amerika.

Saag, 17. Sept. Was New York weit berichtet: Am Montag brach bei der Standard-Steinwerke ein Brand aus. Es explodierten 25 Kilogramm, mehr als 300 Feuerzylinder wurden bei dem Brand zerstört. Das Feuer implosierende Bürgermeister entzand nur mit geringer Not dem Lösen. In seiner Nähe explodierte ein Schicht und nur durch einen zufälligen, hindurchgehenden Lauf konnte er sich vor den brennenden Petroleumfässern retten.

Entschuldigungsbeihilfen.

Die Regierung begriff diese Verschleppung, da so für die innere Politik noch viel Arbeit stehen wird. Die Opposition operiert mit einem Widerspruch gegen Gemeinnutz, indem sie eine Resolution einbringen wird, die das Bedenken darüber ausdrückt, daß das Parlament bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages hinsichtlich auszufordern wurde. Man hat die Gemeinnutz die Vertrauensfrage stellen und daß ihm das Vertrauen verweigert werden wird.

Wiedergabe der deutschen Kolonien aus Frankreich.

Der „Volk. Jg.“ wird gemeldet, daß die französische Regierung dem „Wahl“ zufolge beschließen habe, die deutschen Kolonien nicht auf einen Veranlassung von Seite hoher Qualität mit ihrer Selbstverpflichtung von höchstens 10 Prozent zugeschnitten sind, während die mit schärfster Kritik angeführten französischen Kolonien auf größere Abschnitten berechnet sind. Die deutschen Kolonien sind daher für Frankreich unbrauchbar. Dem „Wahl“ zufolge soll Deutschland statt der im Waffenstillstandsabkommen zugesagten 5000 Kolonien nur 2000 abgeben haben.
Wie wir hierzu an unabhängiger Stelle hören, trifft die erste Nachricht bei „Wahl“ nur die Zeit, der von Deutschland abgetretenen Kolonien aber ist bedeutend höher als die von dem Reich selbst angegebene und erreicht beinahe die im Waffenstillstand geforderte Mittel.

Die interalliierte Heereskommission in Berlin.

Die interalliierte Kommission ist in Berlin eingetroffen. Der ranghöchste Offizier, der französische General Molle, der sich hauptsächlich mit den Angelegenheiten des Landesbereichs befaßt, hat dem Reichsminister Müller inoffiziellen seine Aufwartung gemacht.

Geleitete deutscher Kriegsgefangener zu Fuß.

Das Geleitete wird gemeldet: Eine Abteilung deutscher Kriegsgefangener von 20 000 Mann befindet sich auf dem Marsch nach Deutschland. Die britischen Militärbehörden haben der Stadtwartung in Berlin mitgeteilt, daß die Kriegsgefangenen von dort aus den weiteren Weg zu Fuß zurückgehen sollen.

Frankfurt a. M., 17. Sept. Die französische Regierung ist an die deutsche Regierung mit der Bitte herangetreten, ihre für die von Deutschland auf Grund des Waffenstillstandsvertrages gelieferten Dampfplugscheitler zur Verwendung zur Einrichtung französischer Dampfplugscheitler zur Verfügung zu stellen. Die deutschen Regierung hat sich bereit erklärt, die Dampfplugscheitler zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die Dampfplugscheitler zur Verfügung zu stellen. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, die Dampfplugscheitler zur Verfügung zu stellen.

Frankenländer Zugang im Rheinland.

Saag, 17. Sept. In den Rheinlanden herrscht Erbitterung wegen fortgesetzten Zugangs frankenländischer Soldaten und der damit verbundenen dauernden Besetzung von Wohnungen und Zimmern. In Ludwigsfelde, Deber, Weidenfeld, Loden und Kaiserlautern wurden den französischen Besatzungen anempfohlen, innerhalb ihrer Wachen 1000 Wohnungen und Zimmer zur Verfügung zu stellen. Die interalliierte Rheinlandkommission hat das Gebot, das Ober-

Neueste Nachrichten.

Der Friedensvertrag im amerikanischen Senat.

New York, 17. Sept. (Rhein-Zeit.) Die britische und amerikanische Senatsratgeber wird, hat am Montagmorgens im amerikanischen Senat die Verhandlung über den Friedensvertrag begonnen. Sie wurde von einer Rede des demokratischen Senators Jones aus New-York eröffnet, der energisch auf die Annahme des Friedensvertrages eine Änderung drang. Jones sagte, daß die Senatoren, die gegen die unbedingte Annahme des Friedensvertrages sind, das Volk gegen den Friedensvertrag und gegen den Willen der amerikanischen Bevölkerung aufbringen, und daß der Friedensvertrag und der Vertrag nicht hinlänglich gemacht würden, wenn von der Mehrheit des Senats der von dem Senatsratgeber für anzuwendende Angelegenheiten anempfohlene Vorbehalt angenommen würde.

Deutschland und die Juden.

Paris, 17. Sept. Der ehemalige Minister Dr. Schulz schildert in einem längeren Artikel die jetzigen Verhältnisse in Deutschland, wie er sie auf einer Reise kennen gelernt habe, und kommt zu folgenden Schlüssen: Deutschland hat im Weltkrieg viele und tiefe Schäden erlitten, aber es ist nicht vernichtet. Alles zeigt davon, daß Deutschland aus seiner Verfallung bald erstanden und mit vielfacher Kraft sich von innen erheben wird. Man wird bald sehen, wie viel Deutschland aus dem Weltkrieg gewonnen hat, weshalb ist unter Verzicht auf Deutschland und die Erneuerung anderer Handelsbeziehungen zu Deutschland ein der wichtigsten Probleme unserer Republik, das mit vollem Selbstbewusstsein und mit Entschlossenheit gelöst werden muß. Es muß rasch geschehen, damit es nicht unter andere Hände fallen kann. In anderer Stelle bemerkt Dr. Schulz die Nachsicht eines französischen Mitarbeiters, daß er in einer Unterredung gesagt hat, daß in Deutschland einrichtig erlebt werde und daß von Amerika Waffen nach Deutschland geschickt werden. Er habe in ein solches Interesse gehabt und nichts von solchen Mächtigungen gesagt.

Der „Vorwärts“ über die Verjährung der Lage in Pommern.

Berlin, 17. Sept. Der „Vorwärts“ meldet: Die Lage in Pommern hat sich beruhigt. Aus der Weigerung gewisser Grundbesitzer, die Anordnungen des Landratsamtes hinsichtlich der Verjährung einzuhalten, können möglichweise Kompromisse entstehen.

Schließung der Waffenfabrik Mauser.

Dresden, 17. Sept. (Rhein-Zeit.) Die Waffenfabrik Mauser hier vom 15. Oktober d. J. ab den Winter über ihren Betrieb einstellen.

Präsidenten in Weich genommen, so daß diese dadurch ohne Wohnung.
Ein deutscher Kreuzer geht nach Südamerika.
Die „Hamb. Nachr.“ melden aus Kiel: Der deutsche Kreuzer „Regenbun“ wird gegenwärtig auf der Kieler Reichswerft für eine Fahrt nach Südamerika ausgebaut. Der Kreuzer soll dafür hierzu hergerüstet die „Atlantische Welt“ eine Abreise der Reichsregierung an der Westküste, nach der es durch Weich der Kreuzergruppe habe den Abgeordneten Kraft verboten ist, unter solchen Umständen auch immer eine Zusammenkunft zu organisieren oder in einer Versammlung das Wort an erster Stelle zu sprechen.

Frankenländer Gewaltthaten im belgischen Gebiet.
Ludwigsfelde, 17. Sept. Die Sonntag in Ludwigsfelde belagerte öffentliche Umgebung gegen die belgischen Streitkräfte, in der auch der sozialdemokratische Abgeordnete Kraft predigen sollte, wurde in letzter Stunde unterbunden. Am Sonntag Morgen herbeigekommene die „Atlantische Welt“ eine Abreise der Reichsregierung an der Westküste, nach der es durch Weich der Kreuzergruppe habe den Abgeordneten Kraft verboten ist, unter solchen Umständen auch immer eine Zusammenkunft zu organisieren oder in einer Versammlung das Wort an erster Stelle zu sprechen.

Zur Lage im Reich.

Wiedereinrichtung von Zügen.

Schnelleres Arbeiten in den Reparaturwerkstätten.
Berlin, 17. Sept. Die Lage des deutschen Eisenbahnverkehrs fängt, wie aus von unrichtiger Stelle mitgeteilt wird, jetzt an, sich langsam zu bessern. Die Kohlenvorräte der Lokomotivstationen werden überall ergänzt, so daß zum Teil wieder die normalen Mengen lagern. Namentlich die für den Lokomotivbetrieb besonders geeignete oberfränkische Kohle kann wieder herangezogen werden. Infolge der Besserung in der Kohlenlieferung haben nun die Zugsverbindungen nachgelassen. Weitere Zugverbindungen werden, wie aus dem Ministerium mitgeteilt wird, nicht beschleunigt, doch läßt sich die allgemeine Lage immer nur für ganz kurze Zeit verbessern. In dem kommenden Winterfahrplan sind vorläufig Züge, die während des Kohlenmangels aufgehoben waren, wieder in Dienst gestellt. Nach neuer Zugleistungen sind in den Fahrplänen eingelegt. Das führt eine größere Ordnung nach und nach in den Bahnhöfen zurück. Grundsätzlich ist, daß die Verhältnisse endlich etwas ruhiger den Reparaturarbeiten auszuweichen beginnen.

Ergebnisse nach einer Anstaltsprüfung.
Von hervorragender parlamentarischer Seite erhält das „Freie Wort“ die Mitteilung, das Kabinett sei sich darüber einig, daß der Ministerialrat Erzbürger zu ernennen. Es soll ihm nur nach dem Willen des Reichstages einmündlich einmündlich werden, um den Minister nicht mit den Angriffen der jüngsten Zeit in Zusammenhang zu bringen. Ebenfalls aus parlamentarischer Kreise erhält das „Freie Wort“ die Mitteilung, das Kabinett sei sich darüber einig, daß der Ministerialrat Erzbürger zu ernennen. Es soll ihm nur nach dem Willen des Reichstages einmündlich einmündlich werden, um den Minister nicht mit den Angriffen der jüngsten Zeit in Zusammenhang zu bringen. Ebenfalls aus parlamentarischer Kreise erhält das „Freie Wort“ die Mitteilung, das Kabinett sei sich darüber einig, daß der Ministerialrat Erzbürger zu ernennen. Es soll ihm nur nach dem Willen des Reichstages einmündlich einmündlich werden, um den Minister nicht mit den Angriffen der jüngsten Zeit in Zusammenhang zu bringen.



den.

Frankenländer Gewaltthaten im belgischen Gebiet.
Ludwigsfelde, 17. Sept. Die Sonntag in Ludwigsfelde belagerte öffentliche Umgebung gegen die belgischen Streitkräfte, in der auch der sozialdemokratische Abgeordnete Kraft predigen sollte, wurde in letzter Stunde unterbunden. Am Sonntag Morgen herbeigekommene die „Atlantische Welt“ eine Abreise der Reichsregierung an der Westküste, nach der es durch Weich der Kreuzergruppe habe den Abgeordneten Kraft verboten ist, unter solchen Umständen auch immer eine Zusammenkunft zu organisieren oder in einer Versammlung das Wort an erster Stelle zu sprechen.